

Separation statt Integration – aber es bleiben viele Zweifel

Förderklassen Der Grosse Rat sagt nach dem langjährigen Streit um die integrative Schule deutlich Ja zum Gegenvorschlag zur Förderklasseninitiative. Diese wird nun zurückgezogen. Wirklich glücklich ist niemand.



Mehr Ruhe dank Förderklassen? In Basel sollen sie nach dem Willen des Grossen Rats zumindest wieder möglich sein. Symbolfoto: Urs Jaudas

Sebastian Briellmann

Im Kanton Basel-Stadt hat sich in den letzten Jahren spät, aber doch halbwegs einhellig die Haltung durchgesetzt, dass es mit der Schule so eigentlich nicht wirklich weitergehen kann. Inhaltlich ist das keine Überraschung (eher, dass es so lange gedauert hat). Die Basler Schüler sind die schlechtesten Schüler der Schweiz, dafür aber die teuersten. Die Beherrschung der deutschen Sprache – nur als kleines, feines Beispiel – ist zunehmend Glückssache. Dennoch ist die Maturitätsquote hoch, die Zahl der Abbrüche an den Universitäten dann aber auch.

Die Lehrerinnen und Lehrer sind am Anschlag, zu wenig Personal, zu viel Bürokratie, immer häufiger quengelnde Eltern, immer mehr Reformen aus der Politik. Als hauptsächliche Ursache dieser Probleme wurde längst die integrative Schule ausgemacht.

Gut gemeint, sicherlich, aber in ihrer Vollendung gescheitert. Alle Kinder, mögen sie noch so viele Schwierigkeiten beim Lernen haben oder verhaltensauffällig sein, in derselben Klasse: Dieses Konzept ist nicht aufgegangen und hat zusätzliche Probleme geschaffen. Unruhe in den Klassenzimmern, Nivellierung des Niveaus nach unten.

Die Erkenntnis, dass eine Verbesserung nur mit mehr Separation möglich sein dürfte, hat gestern auch das Basler Parlament. Im Grossen Rat wird beschlossen: In Zukunft sollen wieder Förderklassen möglich sein. Damit ist ein Grundsatzentscheid gefällt – und er fällt deutlich aus: 92 Parlamentarier sind dafür, nur vier enthalten sich, dagegen ist nie-

mand. Dieser Beschluss ist gleichzeitig der Gegenvorschlag für die Förderklasseninitiative, die die Grossräte klar ablehnen (76 sind dagegen, nur 18 dafür).

Diese Vorlage wird dem Stimmvolk aber nie unterbreitet werden. Die Initiative wird zurückgezogen, da im Gegenvorschlag die Forderungen der Initianten enthalten sind.

Kein Freibrief für Schulen

Man könnte nun annehmen, dass das von grosser Einigkeit zeugt, die Fehler der Vergangenheit überparteilich korrigiert werden sollen und selbst die kritischen Initianten überzeugt sind. Mehr Separation, weniger Integration.

Ob das je passieren wird, ist offen. Die Schulstandorte werden selbst entscheiden können, ob sie einen Bedarf an Förderklassen erkennen. Glauben die Initianten wirklich, dass Politik und Verwaltung die Separierung aktiv fördern werden?

Roland Stark ist ein prägender Kopf hinter der Initiative. Er sass gestern Morgen im Rat und hörte sich die Debatte an. Wirklich glücklich ist der ehemalige SP-Präsident und Kleinklassenlehrer nicht, was er da hört. Aber er sagt auch: «Unsere Initiative ist unformuliert. Selbst wenn sie angenommen würde, wovon ich ausging, bedeutete das: alles nochmals von vorn. Dann hätten wir in vier Jahren erst eine Lösung – und keine Garantie, dass das Parlament bei der Ausformulierung weiterginge als jetzt.»

Es brauche, sagt der Heilpädagoge, aber für Lehrer und Schüler «jetzt» Verbesserungen – und «ich habe die Hoffnung, dass die Abmachungen eingehalten, die

Förderklassen, wo es sie braucht, kommen werden.» Ein Deal ist zum Beispiel: Es gibt ein Rahmenkonzept für Förderklassen – und nicht, wie zuerst gewollt, einen Freibrief für die Schulen.

Dass Stark dennoch nicht übermässig euphorisch ist, liegt an den Voten im Grossratssaal und den Ankündigungen der Parteien und Verbände nach dem Entscheid. Die SP spricht beispielsweise von einem «Bekenntnis zur integrativen Schule», dem «umstrittenen Nutzen» der Förderklassen hat man zähneknirschend zugestimmt. Die Sozialdemokraten befürchten eine «Stigmatisierung der Kinder».

Franziska Roth, SP-Grossrätin und Präsidentin der für den Gegenvorschlag zuständigen Bildungs- und Kulturkommission



Grosser Rat

Berichterstattung aus dem Rathaus

«Ich war selbst in einer Kleinklasse. Es hat genutzt. Es war keine Diskriminierung.»

Pascal Messerli
SVP-Fraktionschef im Grossen Rat

(BKK), belegt dieses Unbehagen in einem «persönlichen Votum». Kinder würden immer danach beurteilt, was sie nicht könnten, aber alle hätten auch Stärken – und mehr Separierung würde diese nicht fördern. Ausserdem höre Roth von vielen Lehrern, dass die integrative Schule «getragen» wird. Gleichzeitig rühmt sich die SP, dass sie (und nicht allein ihr Regierungsrat Mustafa Atici) verantwortlich sei für den Kompromiss.

Das ist gemäss Stark «schlicht falsch»: «Die SP hat den Kompromiss nicht initiiert. Er wurde vom Initiativkomitee der BKK mündlich und schriftlich unterbreitet.» Die SP habe den Kompromiss nie gewollt, sondern eisern an ihrer «Wunschprosa» festhalten wollen, weil die «Integration» über alles gestellt wird (selbst wenn sie schade...).

Eine Wende links aussen

Dass der Gegenvorschlag, dieser Kompromiss also, nicht mit Inbrunst getragen wird, zeigen weitere Voten. Die LDP, lange bedingungslos für die integrative Schule (da sie unter ihren Erziehungsdirektoren Eymann und Cramer geprägt worden ist), stützt sich ebenfalls auf das Narrativ, dass man weiterhin an sie glaube. Auch der Freisinn wagt rhetorisch keine vollständige Abkehr. Nur die SVP ist weiterhin für mehr Separation. Präsident Pascal Messerli sagt: «Ich war selbst in einer Kleinklasse. Es hat genutzt. Es war keine Diskriminierung. Im Gegenteil. Ist Diskriminierung nicht eher, wenn ein Kind in einer Regelklasse überfordert ist und dann, ja genau, überfordert bleibt?»

Spannend ist die Kehrtwende auf ganz linker Seite. Die Sorge von Basta-Grossrätin Heidi Mück ist ebenfalls mögliche Diskriminierung, wenn Kindern in Förderklassen müssten. Sie spricht deswegen von einer «Was stört, muss weg»-Initiative.

Und auch der Verband des Personals für öffentliche Dienste (VPOD) lässt verlauten: «Die Wiedereinführung von Förderklassen ist ein gravierender pädagogischer Rückschritt. Eine Separation führt unweigerlich zu Ausgrenzung und Stigmatisierung, erschwert die Rückkehr in die Regelklasse und untergräbt die Idee der Chancengerechtigkeit. Anstatt die Inklusion zu stärken, zementieren diese Massnahmen die sozialen und bildungspolitischen Nachteile betroffener Kinder und Jugendlicher.»

Das hat in früheren Jahren auch schon anders geklungen. Bei Einführung der integrativen Schule machte sich der VPOD grosse Sorgen, wie die Lehrer die Integration verhaltensauffälliger Schüler managen sollen. Mück bekämpfte 2010 die Abschaffung der Kleinklassen – und auch sie machte sich in der BaZ vor sieben Jahren Sorgen wegen «überforderter Lehrkräfte».

Wenn es darum gehen wird, dass die Förderklassen, wo sie nötig sind, ab nächstem Schuljahr auch tatsächlich kommen: Dann brauchen die verantwortlichen Schulleitungen auch Mut. Und Unterstützung aus dem Erziehungsdepartement. Denn aus der Politik dürften sie kaum übermässig zur Einsetzung von Förderklassen ermuntert werden.